

Senioren reisten über das Schwäbische Meer nach Überlingen

TRIESEN. Für den diesjährigen, bereits 60. Triesner Ausflug «Dem Alter zur Ehre», hat die Kommission «Familie und Alter», unter dem Vorsitz von Gemeinderat Dominik Banzer, einmal mehr ein tolles Tagesprogramm zusammengestellt. Ziel war das wunderschöne Überlingen am nördlichen Bodenseeufer, das während einer dreistündigen Fahrt auf dem Seeweg angesteuert wurde. Dieser Einladung folgten über 200 Einwohnerinnen und Einwohner von Triesen.

Bei strahlendem Sonnenschein traf sich die gut gelaunte Reisegruppe vor dem Gemeindezentrum, wo sich alle für das traditionelle Gruppenbild aufstellten. Gemeinsam mit dem zuständigen Gemeinderat Dominik Banzer, den Kommissionsmitgliedern, Gemeindevorsteher Günter Mahl, Kaplan Sebastian Harwardt und Gemeinderat Max Burgmeier starteten die Seniorinnen und Senioren in den Tagesausflug. Wie in jedem Jahr konnte die Gemeinde wieder auf den Samariterverein zählen. Jeder der fünf Reisecars wurde von einer Samariterin bzw. einem Samariter begleitet. Um die Fahrtzeit kurzweiliger zu gestalten, wurden die Bilder des letztjährigen Ausflugs im Bus gezeigt und Erfrischungen gereicht. Im Bregenzer Hafen warteten bereits Kapitän und Crew der «Stadt Bregenz» auf die Triesner Reisegruppe zum Einschiffen.

Während der dreistündigen Überfahrt kümmerte sich die



Bild: pd

Mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohner von Triesen nahmen am Ausflug nach Überlingen am Bodensee teil.

Schiffscrew um das leibliche Wohl der Gäste. Auch der kurzzeitige Nebel tat der guten Stimmung keinen Abbruch und alle genossen das feine Menü und die Fahrt über das Schwäbische Meer. Gemeindevorsteher Günter Mahl hiess alle herzlich willkommen und dankte der Kommission für die Gestaltung des tollen Programms. In seiner Ansprache berichtete er – anlässlich dieser 60. Austragung des

Ehrentages für die Seniorinnen und Senioren – über die ersten Altersausflüge der Gemeinde Triesen und brachte bei diesen Anekdoten viele zum Schmunzeln. Wie in jedem Jahr wurde auch heuer der älteste Teilnehmer geehrt. Bereits zum zweiten Mal durfte sich die beneidenswert aktive Barbara Banzer mit 93 Jahren über ein Präsent der Gemeinde Triesen freuen, das ihr Gemeinderat Dominik Ban-

zer überreichte. In Überlingen angekommen, konnte jeder die Zeit nach seinen Vorstellungen nutzen. Es gab wirklich für alle etwas zu entdecken: Die Altstadt mit dem imposanten Münster, die lieblichen Fachwerkhäuser, herrliche, schattige Parks und verwunschene Gärten. Zudem fand an diesem Tag der Porzellanmarkt entlang der herrlichen Seepromenade statt. Für Abkühlung sorgten die net-

ten Gastgärten und Eisdielen. Die Zeit in Überlingen verging wie im Flug und die Reise ging weiter Richtung Dornbirn. Im Gasthaus Krone erwartete die Ausflügler bereits ein Zvierterle mit regionalen Produkten aus dem Bregenzer Wald. Pünktlich um 18.45 Uhr trafen alle wohlbehalten mit vielen schönen Erinnerungen und dem einen oder anderen Souvenir wieder in Triesen ein. (pd)

PARTEIENBÜHNE

Diskriminierung von Frauen und Familien: Nein!

Die Wirtschaft braucht die Grenzgänger und diese haben als Arbeitnehmer selbstverständlich auch gleiches Anrecht wie wir auf die Taggelder. Bis dato hat der Betrieb aus der vom Grenzgänger-Lohn abgezogenen Taggeldprämie und aus der im Betrieb erarbeiteten Wertschöpfung das Taggeld für Grenzgänger finanziert. Der Anteil der Grenzgänger an allen Beschäftigten beträgt mehr als 53 Prozent. Die Grenzgänger tragen heute anteilmässig gleich viel wie Liechtensteiner zur Taggeldversicherung bei und sind deshalb auch gleichermaßen anspruchsberechtigt.

Die Wirtschaftskammer will diese bewährte Struktur aufbrechen. Für die Finanzierung der Taggelder bei Mutterschaft werden nach dem Willen der Initianten die Grenzgänger nicht mehr über die Taggeldprämie eingebunden, sie werden davon befreit. Die liechtensteinische Familienausgleichskasse (FAK) soll stattdessen aus den Reser-

ven für Familienzulagen das Taggeld bei Mutterschaft für alle, auch für Zupendler, übernehmen. Damit wird freiwillig ein neuer Kanal geschaffen, um Vermögen aus Liechtenstein ausser Landes zu leiten. Die 53 Prozent Zupendler haben bei Umsetzung der Initiative ein Recht auf volles Taggeld von der FAK, im Gegensatz zum Kindergeld, wo Einschränkungen bestehen. Die Regelung für Familienzulagen kann für Taggelder nicht angewendet werden.

Bereits heute fliesst aus den Sozialeinrichtungen, wie der AHV, schon sehr viel Geld ins Ausland. Nun auch noch Geld aus dem Vermögen der FAK völlig freiwillig und ohne jeden Zwang zu exportieren, darin sehe ich keinen Sinn. Behalten wir lieber das Geld für unsere Familien! Deshalb sage ich Nein zur Initiative der Wirtschaftskammer!

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch, DU-Landtagsabgeordneter

Diskriminierung: Nein!

Mit der Initiative der Wirtschaftskammer sollen alle Kitas in den Genuss von CHF 20.– pro Kita-Platz und Tag kommen, zulasten der Familienausgleichskasse unter der Voraussetzung, dass zumindest ein Elternteil bei einem Arbeitgeber im Inland beschäftigt ist.

Eltern, von denen kein Elternteil im Inland einer Beschäftigung nachgeht, werden für die Betreuung ihrer Kinder in einer

einheimischen Kita keine Unterstützung aus dem FAK-Topf erhalten. Im Gegensatz dazu sollen die Kinder von Grenzgängern in Betriebs-Kitas die volle Unterstützung bekommen. So wollen es die Initianten! Zu einer Diskriminierung von inländischen Eltern kann es jedoch nur eine Antwort geben: Nein!

Eine Stellungnahme von Erich Hasler, DU-Abgeordneter

LESERBRIEFE

Sind schwangere Frauen krank?

Die Urheber der Initiative «Familie und Beruf» werben mit dem einfältigen Spruch «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» (Abstimmungsunterlagen) um Zustimmung für ihre Initiative. Seit wann ist denn Schwangerschaft eine Krankheit? Schwangerschaft war noch nie eine Krankheit! Eine Schwangerschaft ist ein wunderbares und einzigartiges Erlebnis für eine Frau und die werdende oder wachsende Familie. Waren alle Frauen, die in den letzten Jahren schwanger wurden, krank? Kamen in den letzten Jahren nur Kinder von kranken Müttern zur Welt? Nein! Richtig ist: Eine Schwangerschaft ist für viele Frauen eine körperliche Herausforderung, sie kann auch zu medizinischen Komplikationen führen. Deshalb werden Schwangere von Ärztinnen und Ärzten, insbesondere «Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe» betreut. Auch wenn das Mutterschaftstaggeld über

die Krankenkassen versichert und abgewickelt wird, heisst das nicht, dass Schwangerschaft als Krankheit betrachtet wird. Die Frage, die sich stellt, ist ganz einfach: Wer übernimmt die Kosten für die Kontrolluntersuchungen, für Ultraschalluntersuchungen und den Spitalaufenthalt bei der Geburt? Es ist doch gut, medizinische Kosten, die rund um Geburt und Mutterschaft entstehen, über die Krankenkassen abzuwickeln. Das bedeutet aber doch nicht, dass Schwangerschaft eine Krankheit ist. Und es liegt doch nahe, dass auch das Mutterschaftstaggeld über die Krankenkasse ausgeschüttet wird. Das scheint mir eine logische und praktische Lösung. Der Spruch «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» ist völlig unpassend. Die Initianten wollen damit nur ablenken und erreichen, dass sie keine Taggeldversicherung, die Mutterschaft einschliesst, mehr abschliessen müssen. Stattdessen würden sie lieber das Mutterschaftstaggeld vom Kindergeld abzweigen. Dafür wurde die Familienausgleichskasse (FAK) aber nicht geschaffen. Den Ar-

beitgebern zu erlauben, Geld aus der FAK (Kindergeld) zu nehmen, führt zu Ungerechtigkeiten und Diskriminierung. Frauen und Familien werden diskriminiert, Betriebe profitieren. Das kommt nicht in Frage. Deshalb habe ich mit einem klaren Nein gestimmt.

Ilse Tichy
Steinststrasse 32, Triesenberg

Gesellschaftlicher Wandel

Ich erinnere mich an Zeiten, da verbrachten liechtensteinische Familien ihre Ferien in «dr Hötta» in Steg oder in Malbun. Jahre später dann wurde aus «dr Hötta» ein Ferienhaus oder eine Ferienwohnung. Nun, im Jahr 2016, berichtet das «Vaterland» über den Bau von 3 «Luxus-Chalets» in Malbun. Was folgt als Nächstes?

Cornelia Walsler
Salums 15, Gamprin

LESERBRIEF

Farce: EU-Neuzulassung für Glyphosat

Einen Tag, bevor die Zulassung für Glyphosat (meisteingesetztes Unkrautvertilgungsmittel, z. B. Roundup, Monsanto verdient Milliarden damit) Ende Juni abgelaufen wäre, hat die EU-Kommission entschieden, die Zulassung um 18 Monate zu verlängern, obwohl die WHO das Mittel als krebserregend eingestuft hat. Man kann den Wirkstoff in der Muttermilch von Frauen und im Urin von Kleinkindern schon nachweisen! Als Begründung: Die Mitgliedsstaaten der EU-Kommission hätten sich nicht einigen können. Was für ein Interessenskonflikt!

Interessant ist noch zu wissen, dass Herbizide eigentlich nicht für die Landwirtschaft entwickelt wurden, sondern die Amerikaner haben es im Vietnamkrieg als chemische Waffe eingesetzt, um die Reisfelder ihres Gegners zu zerstören, und sie haben es grossflächig über dem Regenwald abgelenkt, um die Pflanzen zu entlauben und zu vernichten, die für die Vietnamesen als Versteck dienten. Noch jetzt leiden viele Menschen darunter (Fehlbildungen, Krebserkrankungen und Immunschwächen). Nach dem Krieg gab es keinen Abnehmer mehr und die Landwirtschaft musste hinhalten.

Es ist schon besorgniserregend und skandalös, wenn die wirtschaftlichen Interessen der Chemieriesen (Monsanto, Syngenta, Bayer ...) über den gesundheitlichen und ökologischen Interessen stehen. Die Lobbyorganisationen dieser Firmen sind mächtiger als die Politik, es geht immer nur um mehr Profit, um Gewinnmaximierung, und dies immer zulasten der Umwelt, Natur (Menschen, Tiere und Pflanzen). Übrigens hat Monsanto in dieser Angelegenheit eine «Spende» von etwa USD 500 000 bezahlt! Es kann so nicht weitergehen, die ganze Landwirtschaft ist zu industrialisiert, zu chemieabhängig, sie steckt in einer Sackgasse. Wenn der Chemie-Einsatz nicht so schnell wie möglich zurückgeht, werden die Böden immer mehr ausgelaugt und unfruchtbarer. Und das ist verantwortungslos gegenüber den künftigen Generationen, da der Boden das wichtigste Gut dieser Erde ist, denn er liefert uns das tägliche Essen. Bei diesem wichtigen Thema könnte Liechtenstein mit der Schweiz zusammen als Nicht-EU-Mitglieder eine Vorreiterrolle einnehmen und das Glyphosat verbieten. Jemand muss den Anfang machen. Unsere Kinder und Enkelkinder werden uns dankbar sein!
Harry Zech, Biowinzer
Vorarlbergerstrasse 5, Schaanwald


immoboerse.li
Alle Immobilien auf einen Blick.
Zum Finden erfunden.

NEU IN RUGGELL **PHYSIOTHERAPIE**
Tel. +423 777 99 72 yvonne.ritter@adon.li
Industriestrasse 38

Behandlung mit ärztlicher Verordnung
Geschenkgutscheine für Massage
Personal Training u.a. Schmerzbehandlung,
Dehnen und Kräftigen, Entspannungstechniken

YVONNE RITTER ELKUCH
Diplomierte Physiotherapeutin seit 1994
Erfahrung im Sport (2x Olympiateilnahme)
Rehabilitation nach Operation, Geriatrie
Atemtherapie, Psychosomatik